

Der Internationale Gerichtshof hat die Oslo-Kriegslist beendet

Die Entscheidung des IGH, dass das Völkerrecht die Rechte der Palästinenser schützt und sie nicht mit ihren Unterdrückern über diese Ansprüche verhandeln müssen, versetzte den jahrzehntelangen Bemühungen des Westens, Israel außerhalb des Geltungsbereichs des Rechts zu stellen, einen endgültigen Schlag.

Craig Mokhiber, mondoweiss.net, 07.08.24

Israel steht vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) wegen Völkermordes vor Gericht. Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) hat Haftbefehle gegen die israelische Führung wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit beantragt. Millionen von Menschen auf der ganzen Welt, Palästinenser, Juden, Muslime, Christen, Studenten, Arbeiter und andere, sind engagiert, um gegen israelischen Siedlerkolonialismus, Apartheid und Völkermord vorzugehen. Die 76 Jahre alte Mauer der Straffreiheit, die von den USA, Großbritannien und anderen westlichen Regierungen Stein für Stein errichtet wurde, beginnt zu brechen.

Der Internationale Gerichtshof stellte endgültig fest, dass Israel Apartheid und Segregation betreibt, dass die gesamte Westbank, Ostjerusalem und der Gazastreifen besetzte Gebiete sind, dass die Besatzung rechtswidrig ist, dass Israel sämtliche Siedlungen, Siedler:innen, Soldaten und Besatzungsinfrastrukturen entfernen, die Apartheidmauer in der Westbank abbauen, den Palästinenser:innen Wiedergutmachung leisten und allen Vertriebenen die Rückkehr in ihre Heimat ermöglichen muss.

Ein weiterer Beweis dafür wurde am 19. Juli geliefert, als der IGH in einem beeindruckenden Gutachten entschied, dass das Internationale Recht die Rechte der Palästinenser:innen schützt und sie nicht mit ihren Unterdrückern über diese Ansprüche im Rahmen der Oslo-Abkommen, oder einem anderen politischen Rahmen verhandeln müssen. Damit hat er den jahrzehntelangen Bemühungen der USA und des Westens, Israel außerhalb der Grenzen der Rechtsstaatlichkeit zu stellen, einen endgültigen Schlag versetzt.

Mit dieser einfachen Feststellung beendete der Gerichtshof drei Jahrzehnte des israelischen Exzeptionalismus, der auf der Grundlage des Oslo-Abkommens als Hindernis für die Anwendung des Internationalen Rechts beruhte.

Die Sache der Menschenrechte für das palästinensische Volk hat einen steilen Weg vor sich. Das vom Westen unterstützte zionistische Projekt in Palästina hat einen jahrzehntelangen Vorsprung beim Bau seiner unterdrückerischen Mauern, sowohl im wörtlichen als auch im übertragenen Sinne. Eine dieser Mauern, deren Grundstein bereits 1947 und 1948 gelegt wurde, ist die Mauer des rechtlichen Sonderstatus. Noch bevor die Tinte auf der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* und der UN-Völkermordkonvention trocken war, schufen die im Entstehen begriffenen, westlich kontrollierten Vereinten Nationen eine Ausnahme für Israel, das praktisch über dem Gesetz stehen sollte.

Genauso wichtig ist die Feststellung des Gerichtshofs, dass alle Staaten rechtlich verpflichtet sind, die Besetzung nicht anzuerkennen oder zu unterstützen, und dass sie verpflichtet sind, dazu beizutragen, dass die israelische Besetzung und andere Verstöße beendet werden. Es stellte außerdem fest, dass alle Staaten alle vertraglichen Beziehungen mit Israel beenden müssen, die sich auf die palästinensischen Gebiete beziehen, und alle Wirtschafts-, Handels- und Investitionsbeziehungen im Zusammenhang mit den besetzten Gebieten beenden müssen. Damit hat der IGH der Anti-Apartheid-Bewegung und dem Aufruf zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen eindeutige internationale Rechtskraft verliehen.

Der Gerichtshof bestätigte, dass die Palästinenser:innen Menschen mit Menschenrechten sind, dass sie nicht mit ihrem Unterdrücker über ihre Menschenrechte verhandeln müssen und dass Israel nicht über dem Gesetz steht.

Innerhalb der UNO selbst wurden frühere deklaratorische Positionen zu den Menschenrechten in verbindlichen internationalen Verträgen kodifiziert, das Prinzip der Selbstbestimmung wurde zu einer zentralen globalen Norm, und die Bewegung für eine weltweite Entkolonialisierung war auf dem Vormarsch. Infolgedessen wurden Israel und seine zionistische Kolonisierung Palästinas immer mehr isoliert, selbst als der Westen seine Unterstützung verstärkte.

In den 1970er Jahren hatten die Vereinten Nationen das Recht auf Widerstand gegen ausländische Besatzung, Kolonialherrschaft und rassistische Regime bekräftigt und den Zionismus zu einer Form von Rassismus und rassistischer Diskriminierung erklärt. Die UNO richtete spezielle Verfahren zur Überwachung der Menschenrechte des palästinensischen Volkes ein. Diese Entwicklungen untergruben das westliche Projekt des israelischen Exzeptionalismus und begannen, die israelische Straflosigkeit zu bedrohen.

In Palästina begann dies mit der erzwungenen Teilung des Landes, die einen direkten Verstoß gegen das völkerrechtliche Verbot der gewaltsamen Aneignung von Gebieten und der Verweigerung der Selbstbestimmung der Einheimischen darstellte. Es folgte das erbärmliche Versagen der UNO und des Westens, die völkermörderische ethnische Säuberung Palästinas, die Nakba von 1947-1948, zu stoppen.

Während kritische Resolutionen und symbolische Gesten in der UNO folgten, machte sich der Westen zur gleichen Zeit mit aller Entschiedenheit daran, Israel zu unterstützen und aufzurüsten, um es unerreichbar zu machen für die Weisungen des Völkerrechts von außerhalb und das palästinensische Volk zu entmachten und zu entmenschlichen. So sollte jede wirkliche interne Bedrohung des Projekts verhindert werden.

Als die westliche Kontrolle über die Generalversammlung der Vereinten Nationen in den späten 1960er und 70er Jahren begann schwächer zu werden, weil eine Reihe neuer unabhängiger Staaten des globalen Südens der UNO beitrug, begann sich das Blatt zu wenden.

Das palästinensische Volk fand in den neuen unabhängigen Staaten Unterstützung für seinen Kampf, und die Sowjetunion gab die frühere pro-zionistische Haltung Stalins zugunsten einer Unterstützung der einheimischen Palästinenser:innen auf.

Doch gerade als der auf das internationale Recht ausgerichtete Ansatz für Palästina an Boden gewann, leitete das Ende der Sowjetunion eine neue unipolare Ära ein, mit einer weitgehend unkontrollierten Dominanz der USA. Die USA und ihre westlichen Verbündeten setzten sich dafür ein, Israel vor juristischer und menschenrechtsbezogener Kritik bei den Vereinten Nationen zu schützen, indem sie die Resolution, die den Zionismus zu einer Form von Rassismus erklärt, zurücknahmen und im Anschluss an die Madrider Konferenz den Oslo-Prozess einleiteten, bei dem die Rechte der Palästinenser im Ermessen des israelischen Besatzers und seines US-amerikanischen Sponsors lagen.

Die 1990er Jahre begannen mit einer konzertierten Aktion der USA. Politische Verhandlungen, die die USA führen würden, sollten internationales Recht und die Menschenrechte verdrängen.

Die Palästinenser waren nun gezwungen, ohne den Schutz internationalen Rechts, über ihre Rechte zu verhandeln, und zwar nicht nur mit denjenigen, die sie besetzten und unterdrückten, sondern auch mit der einzigen globalen Supermacht, dem engsten Verbündeten der Besatzer. Die Entrechtung des palästinensischen Volkes war fast vollständig.

Drei Jahrzehnte lang verschlechterte sich die Lage der Palästinenser vor Ort weiter, während die israelische Unterdrückung und Siedlungstätigkeit hinter dem Deckmantel von Oslo ungebremst weiterging. Tatsächlich wurden die Osloer Abkommen sorgfältig ausgearbeitet, um rechtliche Schritte gegen Israel wegen der Verletzung der palästinensischen Menschenrechte zu verhindern. Israel nutzte diese Gelegenheit der erweiterten Straflosigkeit, um mehr als dreißig Jahre lang Landraub, Vertreibung, Siedlungsausbau und Verfolgung wehrloser Palästinenser in den besetzten Gebieten voranzutreiben. Oslo war im Grunde genommen eine Belohnung für Kriegsverbrechen.

Die USA und ihre westlichen Verbündeten setzten ihrerseits ihre gesamte diplomatische, militärische und wirtschaftliche Macht ein, um die israelische Straffreiheit zu unterstützen und darauf zu bestehen, dass die Anwendung internationalen Rechts in dieser Frage unangemessen und für Verhandlungen und Frieden „nicht hilfreich“ sei.

Beginnende Risse

Risse in der Mauer der Straflosigkeit entstanden vor allem nach der Machtübernahme einer neuen, rechtsextremen Regierung in Israel im Jahr 2023. Diese Regierung, die sich aus einem Gemisch aus einigen der abscheulichsten Faschisten, Rassisten, Siedlern und Kriegsverbrechern des Landes zusammensetzt, gab sofort Israels (vom Westen gebilligte) 75-jährige Politik des schrittweisen Völkermords zugunsten eines beschleunigten Genozids auf.

Sie begann sofort mit dem Ausbau der Siedlungen, verstärkten Angriffen und Pogromen auf palästinensische Städte und Dörfer in der Westbank, der Vertreibung palästinensischer Familien in Ostjerusalem, der weiteren gesetzlichen Verankerung der Apartheid (aufbauend auf dem diskriminierenden Nationalstaatsgesetz von 2018) und der Inhaftierung Hunderte weiterer politischer Gefangener.

Nach dem Angriff bewaffneter palästinensischer Rebellengruppen auf den Süden Israels im Oktober hat Israel einen rücksichtslosen Vernichtungsfeldzug gegen die Bevölkerung des Gazastreifens gestartet und seine Angriffe auf die Palästinenser in der Westbank, einschließlich Ostjerusalem, weiter verstärkt.

Der völkermörderische Angriff des Staates Israel auf den Gazastreifen war entsetzlich, eine mittelalterliche Belagerung wurde eingerichtet, eine Politik der verbrannten Erde begonnen, 2,3 Millionen eingepferchte Menschen von jeglicher Nahrung, Wasser, Treibstoff und Medizin abgeschnitten. Zehntausende wurden massakriert, systematisch gefoltert, Häuser, Flüchtlingslager, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, UN- und humanitäre Einrichtungen zerstört, Krankheiten und Hunger absichtlich herbeigeführt, Zivilisten mit Scharfschützengewehren niedergemetzelt und der größte Teil des Gazastreifens dem Erdboden gleichgemacht. Die lange Zeit stummen internationalen Rechtsinstitutionen konnten schließlich der öffentlichen Forderung nach Rechenschaft nicht mehr widerstehen. Die von den USA auferlegte Knebelung durch das Oslo-Abkommen begann sich aufzulösen, und das internationale Recht begann seine berechnete Stimme zu erheben.

Sowohl der Internationale Gerichtshof als auch der Strafgerichtshof schauten zu. Sie waren sich bewusst, dass vor dem Gericht der öffentlichen Meinung, genährt von endlosen Bildern des völkermörderischen Grauens, live um den Globus übertragen, das Völkerrecht und seine Instanzen selbst auf dem Prüfstand kamen. Dazu trugen auch eine seit langem bestehende Wahrnehmung einer westlichen Doppelmoral bei internationalen Mechanismen bei. Entweder würden sie handeln, oder sie würden endgültig delegitimiert werden. Es ist ihnen hoch anzurechnen, dass sie den Mut gefunden haben, sich dem westlichen Druck zu widersetzen (einschließlich direkter Drohungen gegen das Gerichtspersonal durch israelische Geheimdienste und westliche Regierungsvertreter).

Auf Antrag Südafrikas trat der IStGH zusammen, um eine Anklage wegen Völkermordes gegen Israel zu prüfen. Er erklärte diese Anklage für plausibel und ordnete mehrere einstweilige Maßnahmen an, um durchzusetzen, dass Israel seine kriminellen Handlungen einstellt. Nach jahrelangem Abwarten und Ausweichen in der Palästina-Frage beantragte der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister und den Verteidigungsminister wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Beide Prozesse sind noch nicht abgeschlossen. Zum ersten Mal seit der Einführung des Osloer Paradigmas besteht für Israel die Gefahr, für seine Verbrechen tatsächlich zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Die entscheidenden Schläge gegen den Status quo

Dazu kam die Entscheidung des IGH. Am 19. Juli 2024 entschied er über ein Ersuchen der UN-Generalversammlung um ein Gutachten, in dem er mit verblüffender rechtlicher Klarheit die Rechte des palästinensischen Volkes und die Vorschriften des internationalen Rechts in den besetzten palästinensischen Gebieten darlegte.

Der Internationale Gerichtshof stellte endgültig fest, dass Israel Apartheid und Segregation betreibt, dass die gesamte Westbank, Ostjerusalem und der Gazastreifen besetzte Gebiete sind, dass die Besatzung rechtswidrig ist, dass Israel sämtliche Siedlungen, Siedler:innen, Soldaten und Besatzungsinfrastrukturen entfernen, die Apartheidmauer in der Westbank abbauen, den Palästinenser:innen Wiedergutmachung leisten und allen Vertriebenen die Rückkehr in ihre Heimat ermöglichen muss.

Genauso wichtig ist die Feststellung des Gerichtshofs, dass alle Staaten rechtlich verpflichtet sind, die Besatzung nicht anzuerkennen oder zu unterstützen, und dass sie verpflichtet sind, dazu beizutragen, dass die israelische Besatzung und andere Verstöße beendet werden. Es stellte außerdem fest, dass alle Staaten alle ver-

traglichen Beziehungen mit Israel beenden müssen, die sich auf die palästinensischen Gebiete beziehen, und alle Wirtschafts-, Handels- und Investitionsbeziehungen im Zusammenhang mit den besetzten Gebieten einstellen müssen. Damit hat der IGH der Anti-Apartheid-Bewegung und dem Aufruf zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen eindeutige internationale Rechtskraft verliehen.

Entscheidend ist, dass der Gerichtshof die Argumente der USA und anderer westlicher Regierungen zurückwies, die forderten, der Gerichtshof solle sich auf die Post-Oslo-Verhandlungen zwischen den Besatzern und den Besetzten und auf die Politik des Sicherheitsrats verlassen, anstatt das Völkerrecht anzuwenden.

Der Gerichtshof wies diese Forderungen zurück und erklärte, dass derartige Verhandlungen und Abkommen die Rechte der Palästinenser:innen und die Verpflichtungen Israels auf der Grundlage der internationalen Menschenrechte und des humanitären Rechts, nicht aufheben können. Der Gerichtshof stellte fest, dass die Parteien, die sich aus diesen Abkommen ergebenden Befugnisse und Verantwortlichkeiten zunächst auf jeden Fall unter Beachtung der Normen und Grundsätze des Internationalen Rechts, ausüben müssen.

Unter Berufung auf Artikel 47 der Vierten Genfer Konvention beendete der Gerichtshof die Angelegenheit endgültig, indem er die Staaten daran erinnerte, dass die geschützte Bevölkerung von Rechts wegen „nicht durch eine zwischen den Verwaltungen der besetzten Gebiete und der Besatzungsmacht geschlossene Vereinbarung der Vorteile der Konvention beraubt werden darf“. „Aus diesem Grund“, so der Gerichtshof weiter, „können die Osloer Abkommen nicht so verstanden werden, dass sie Israels Verpflichtungen nach den einschlägigen Regeln des internationalen Rechts, die in den besetzten palästinensischen Gebieten gelten, mindern.“

Einfach ausgedrückt, bestätigte der Gerichtshof, dass die Palästinenser:innen Menschen mit Menschenrechten sind, dass sie nicht mit ihrem Unterdrücker über ihre Menschenrechte verhandeln müssen und dass Israel nicht über dem Gesetz steht.

Die USA und ihre westlichen Verbündeten werden zweifellos versuchen, den Osloer Schwindel wiederzubeleben, um ihr koloniales Projekt in Palästina zu verteidigen. Dabei werden sie sich auf die „regelbasierte Ordnung“ (d.h. die von den USA diktierte imperiale Herrschaft) berufen und das Völkerrecht (kodifiziertes universelles Recht, das für alle Staaten gilt) ablehnen.

Doch diese Tricks sind nicht mehr haltbar. Die Bewegung für die Befreiung Palästinas, für Boykott, Desinvestition und Sanktionen und für ein Ende von Kolonialismus, Apartheid und Völkermord in Palästina wächst täglich. Diese Bewegung wurde durch die jüngsten Entwicklungen im internationalen Recht weiter gestärkt. Und der IGH hat endlich einen Pfahl in das Herz des Osloer Vampirs gestoßen.

Craig Mokhiber ist internationaler Menschenrechtsanwalt und ehemaliger hoher Beamter der Vereinten Nationen. Er verließ die Vereinten Nationen im Oktober 2023, nachdem er einen viel beachteten Brief verfasst hatte, in dem er vor einem Völkermord in Gaza warnte, die internationale Reaktion kritisierte und einen neuen Ansatz für Palästina und Israel auf der Grundlage von Gleichheit, Menschenrechten und internationalem Recht forderte.

Quelle: <https://mondoweiss.net/2024/08/the-world-court-has-ended-the-oslo-ruse/>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinkomitee-stuttgart.de